

Antrag

der AfD-Fraktion

Mittelstand braucht Schutz - Fachkräftemangel bekämpfen, Reindustrialisierung vorantreiben

Der Landtag stellt fest:

1. Der Mittelstand leidet unter den Folgen unberechenbarer Corona-Sanktionen, steigenden Energie- und Rohstoffpreisen, hohen Lohnnebenkosten und Steuerbelastungen sowie unter der mangelnden Wertschätzung schwerer körperlicher Arbeit. Industriearbeitsplätze, Handwerk und Dienstleistung haben im Lohngefüge maßgeblich an Attraktivität verloren.
2. Trotz des Fachkräfteeinwanderungsgesetzes und flankierender Maßnahmen steigt der Fachkräftemangel.
3. Der Strukturwandel, die Industriestrategien der letzten Bundesregierung und der Europäischen Kommission sowie die Innovationsstrategie des Landes Brandenburg können die nächste Deindustrialisierungswelle nicht aufhalten. In der Folge wird der Mittelstand weiter geschwächt und Fachkräfteabwanderung und -mangel werden zunehmen.

Der Landtag möge beschließen:

1. Die Landesregierung wird dazu aufgefordert, dem Mittelstand kurzfristig Perspektiven zu sichern, wertschöpfende Gewerke positiv zu gestalten und sich auf allen Ebenen dafür einzusetzen,
 - a) dass KMU sichere Zukunftsperspektiven, auch generationsübergreifend, entwickeln können, um auch langfristige Investitionen ökonomisch umzusetzen,
 - b) das Brennstoffemissionshandlungsgesetz ersatzlos abzuschaffen und das Lieferkettengesetz für die KMU langfristig auszusetzen,
 - c) die Stromsteuer bis 1. Januar 2024 auszusetzen.
2. Um einheimische Fachkräfte in Brandenburg zu halten, ihre Verfügbarkeit zu sichern und langfristig die Ausbildung in Handwerksberufen zu steigern, wird die Landesregierung dazu aufgefordert:
 - a) eine umfassenden Initiative zur Steigerung der Attraktivität der Handwerks- und Industriemeisterausbildung zu initiieren, die eine Durchführung einer gezielten Imagekampagne beinhaltet,

- b) die Ausbildung zum Meister und analog alle gleichwertigen Berufsausbildungen anteilig durch einen Sonderfonds finanziell zu ermöglichen (wobei die Gebührenfreiheit für alle erfolgreich abgelegten Meisterprüfungen, für gleichwertige Fortbildungsprüfungen in allen Industrie- und Handwerksberufen und für erfolgreich abgelegte staatliche Fortbildungsprüfungen gilt),
 - c) gegenüber der Bundesregierung auf eine Weiterentwicklung der Fortbildungsförderung im Rahmen des Aufstiegsfortbildungsförderungsgesetzes (AFBG), z. B. Berufsausbildung mit Abitur, hinzuwirken, um berufliche Bildung attraktiver zu gestalten und das Leistungspotenzial von Fachkräften besser zur Entfaltung zu bringen,
 - d) sich in ihrer eigenen Fach- und Arbeitskräftestrategie in der Notlage auf den Handlungsschwerpunkt II „Mit attraktiver Ausbildung die Fachkräfte von morgen bilden“ zu konzentrieren, ohne das Streben nach Tarifbindung zu vernachlässigen,
 - e) die in der Fach- und Arbeitskräftestrategie versprochene Ressortverknüpfung entschieden voranzutreiben, speziell in neuen innovativen Technologien und Industriezweigen.
3. Um die formalen Maßnahmen zur Förderung des im primären und sekundären Bereich produktiven Mittelstands, der das Rückgrat wirtschaftlichen Gesamterfolges ist, in der Krise zum Erfolg zu führen, wird die Landesregierung aufgefordert, eine konkrete Vision einer Reindustrialisierungsstrategie dergestalt vorzunehmen, dass
- a) 15 historische Industriestandorte im ganzen Land Brandenburg identifiziert werden, von denen mindestens zehn außerhalb der Metropolregion liegen müssen, die in der neuen globalen Welt mit sicheren Lieferketten jene Güter produzieren können, welche den Importen aus Ostasien volkswirtschaftlich verheerend und letztlich marktwidrig nach 1989 geopfert wurden, und dass hierzu
 - b) in Verknüpfung mit der Fachkräftewerbeseite des Bundes „Make it in Germany“ auf der bekannten Seite „Es kann so einfach sein“ eine Darstellung der 15 Projekte der Reindustrialisierungsstrategie erfolgen soll, damit die heimischen und mit dem Internetauftritt auch international anzuwerbenden Fachkräfte den Ansporn finden, im primären und sekundären Bereich in Brandenburg tätig zu werden und ihre Zukunft zu sehen.

Begründung:

Die wirtschaftliche Krise steht vor der Tür. Um mittelfristige Maßnahmen für die Stützung der Wirtschaft durchzuführen, müssen Sofortmaßnahmen greifen, welche überhaupt den Betrieb des produzierenden Gewerbes weiter ermöglichen. Hierzu dienen die Forderungen unter 1, denen gewiss weitere an die Seite zu stellen sind. Die Fraktion der AfD hat hierzu weitere Anträge vorgelegt und wird weitere vorlegen.

Es darf an zukunftsichernden Maßnahmen über die Krise hinaus aber nicht fehlen.

Der bestehende Fachkräftemangel ist der größte Hemmschuh einer langfristig positiven wirtschaftlichen Entwicklung. Mittelständische und handwerkliche Unternehmen sind in der breiten Öffentlichkeit meist weniger bekannt und infolgedessen im Wettbewerb um qualifizierte Fachkräfte in einer schwierigen Position. Umso wichtiger ist es, jetzt alle Leistungsreserven zu mobilisieren und den Zugang zur Meisterfortbildung im Handwerk und zu gleichwertigen Fortbildungsgängen zu erleichtern.

Die Fachkräftebasis kann nicht beliebig erweitert werden und ist im Wesentlichen eine durch den demografischen Prozess gegebene Größe. Sehr wohl kann aber die Allokation von Arbeitskraft verbessert werden. Die Bundesregierung ist daher u. a. aufgefordert, das AFBG zielführend dahingehend weiterzuentwickeln, dass Fortbildungskosten und Prüfungsgebühren die Funktionsfähigkeit des Arbeitsmarktes nicht weiter beeinträchtigen, die Chancengerechtigkeit auf dem Arbeitsmarkt nicht einschränken und das Maß an erreichbarer individueller Freiheit innerhalb des Systems der beruflichen Bildung nicht weiterhin unnötig einschränken. Insbesondere in gewerblich-technischen Fachrichtungen fehlen seit Jahren entsprechend qualifizierte Lehrkräfte. Dieser Personalmangel verursacht nicht nur eine unzureichende Abdeckung des Kernunterrichts, sondern führt zu erheblichen volkswirtschaftlichen Schäden.

Die bisherigen Maßnahmen der Landesregierung und der Koalition krankten nicht an gutem Willen, sondern am Unkonkreten der Maßnahmen (Drs. 7/3547) bzw. unzureichender Schwerpunktsetzung und nicht gehaltenen Versprechen bei der Fach- und Arbeitskräftestrategie.

In Brandenburg feiert man sich - wie überall - als potenziellen Transformationsgewinner, affirmiert Künstliche Intelligenz, E-Mobilität und Wasserstoffherzeugung, während das Land und die Bürger verarmen, die Industrie die Produktion einstellen muss und Kraftwerke durch Klimaterroristen lahmgelegt werden.

Der Hochglanzpolitiker der Landesstrategien nach, scheint der Brandenburger in seinem milliardenschweren Tesla zu seinem Hochleistungscomputer zu fahren, an dem er Lofts mit Designmöbeln ausstattet und Computerspiele kreiert. Anders als auf Hightech-Basis scheint der Brandenburger nicht mehr zu spielen, zu sitzen, zu kochen und zu fahren.

Stoffe, Metallspielzeug, Fahrräder und Haushaltsgeräte scheint niemand mehr zu gebrauchen, obwohl der Bedarf offenkundig da ist und aus dem Ausland gedeckt wird. Hieran ist grundsätzlich wenig auszusetzen, aber all das, was heute im Wesentlichen im Internet bestellt wird, kommt zumeist aus dem Ausland und wurde früher im Lande hergestellt. Spielwaren, Textilien, elektrische Kleingeräte aus ostdeutscher Produktion füllten einstmals die Kataloge der westdeutschen Versandhäuser: Viele gute Dinge „Made in GDR“ standen unerkannt in fast jedem Wohnzimmer zwischen Flensburg und Garmisch. Der Markt besteht weiterhin, nur kommen z. B. Möbel heute aus polnischer Produktion, wo die Herstellung an den traditionellen Orten überlebt hat.

Es gilt, an die Produktionsstandorte nun wieder anzuknüpfen und aus ihrer Geschichte eine Vision gegen die aktuelle Krise zu entwickeln. Alle formalen Maßnahmen werden in krisenhaften Situationen durch Zukunftsbilder gestützt, die Visionen der Transformation. Soweit sie jetzt schon unbezahlbar sind, werden sie in der Energiekrise sterben und haben die Krise zum großen Teil mit verursacht. Brandenburg braucht Halt in sich selbst und das heißt heute: heimisches, produktives Gewerbe mit sicheren Lieferketten.

In diesem Gewerbe werden die Fachkräfte Arbeit und die teilweise notwendige Transformation ihre Finanzierung finden.